

Antrag

**der Abgeordneten Dennis Gladiator, Eckard Graage, Ralf Niedmers,
Sandro Kappe, Stephan Gamm, Prof. Dr. Götz Wiese (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 22/5350

Betr.: Katastrophen- und Bevölkerungsschutz in Hamburg nachhaltig verbessern – digitale und analoge Warnsysteme ausbauen!

Mit der Drs. 22/5350 beantragen die Fraktionen von SPD und GRÜNEN angesichts der jüngsten massiven Starkregenereignisse mit verheerenden Folgen in Teilen von Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern im Juli 2021 darzulegen, welche Klimaanpassungsmaßnahmen entsprechend dem aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand notwendig sind, um die Stadt Hamburg und ihre Bevölkerung kurz-, mittel- und langfristig vor schädlichen Auswirkungen von Extremwetterereignissen sowie weiteren Folgen des Klimawandels zu schützen und welche dieser Maßnahmen unter anderem im Bereich des Hochwasserschutzes bereits umgesetzt sind oder sich in der Planung befinden. Daneben wird der Senat ersucht darzulegen, welche unterschiedlichen Frühwarnsysteme benötigt werden, um alle Hamburger/-innen gut zu erreichen und die Bürger für die Nutzung dieser Systeme zu sensibilisieren.

Wir unterstützen diese Forderungen, halten sie aber nicht für ausreichend, um einen bestmöglichen Schutz für die Bevölkerung zu erreichen. Ein wesentlicher Fokus muss auf die mit dem Katastrophen- und Bevölkerungsschutz verbundene Warninfrastruktur gelegt werden. Diese ist zu überprüfen und zu verbessern, sowohl im Hinblick auf analoge als auch auf digitale Warnsysteme. Ein Schwerpunkt der digitalen Warnsysteme muss hierbei die rechtzeitige Warnung per SMS beziehungsweise Flash-Nachricht sein. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass selbst die beste digitale Technik und Infrastruktur insbesondere in Katastrophenfällen ausfallen kann und Menschen von lebensrettenden Informationen abgeschnitten werden. Um für derartige Situationen gewappnet zu sein, müssen die bereits vorhandenen Sirenen-systeme weiter ausgebaut und fortentwickelt werden. Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) mit der Bundeskanzlerin fasste dazu am 10. August 2021 folgenden Beschluss: „Bund und Länder streben im Rahmen der jeweiligen Zuständigkeit und Finanzverantwortung Maßnahmen zur Verbesserung der dezentralen Warnung der Bevölkerung im Katastrophenfall an. Dazu gehört insbesondere das Sirenenförderprogramm des Bundes, mit dem den Ländern bis 2023 insgesamt bis zu 88 Mio. € für die Ertüchtigung und Errichtung von Sirenen zur Verfügung gestellt werden. Den jeweiligen Ländern liegen entsprechende Verwaltungsvereinbarungen zur Unterzeichnung bereits vor. Zusätzlich soll das CellBroadcasting System eingeführt werden, mit dem künftig auch die Warnung der Bevölkerung mit Textnachrichten auf Mobiltelefonen ermöglicht wird. Dazu erarbeitet die Bundesregierung aktuell eine entsprechende Gesetzesgrundlage. Parallel dazu werden zeitnah die Mobilfunkmasten in Deutschland technisch angepasst.“

Auch die technische Ausstattung der Rettungskräfte mit geeigneten Fahrzeugen sowie der Schutz der kritischen Infrastruktur gehören auf den Prüfstand. Daneben ist es in Hamburg unerlässlich, auch die Gefahren des Binnen-Hochwassers nicht aus den Augen zu verlieren, das bislang zu stiefmütterlich behandelt wird. Hamburg muss

für alle Formen von Naturkatastrophen und Großschadensereignissen gewappnet sein.

Auch ist es wichtig, mit präventiven Maßnahmen gegen mögliche Folgen von Starkregenereignissen vorzugehen. So hat die CDU-Fraktion bereits mit Sorge auf den stetig zunehmenden Anteil an versiegelten Flächen hingewiesen und mit einem entsprechenden Antrag (Drs. 22/1278) ein entsprechendes Entsiegelungsprogramm für die Stadt Hamburg gefordert.

Wir fordern deshalb den Senat auf, neben den digitalen Warnsystemen auch analoge Warnsysteme in Hamburg auszubauen, zu erweitern und zu verbessern. Darüber hinaus ist eine technische Ausstattung der Rettungskräfte durch entsprechende Maßnahmen in nächster Zukunft zu gewährleisten. Nicht zuletzt braucht es präventive Maßnahmen, wie die Verringerung von versiegelten Flächen, um die Stadt bestmöglich zu schützen.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. zur Verbesserung des digitalen Warnsystems durch Schaffung der Möglichkeit der Warnung per SMS beziehungsweise Flash-Nachricht das von der Ministerpräsidentenkonferenz mit der Bundeskanzlerin beschlossene einzuführende Cell-Broadcasting System in Hamburg schnellstmöglich umzusetzen und zu gewährleisten, dass die Mobilfunkmasten technisch auf dem neuesten Stand sind;
2. die in Hamburg vorhandenen analogen Warnsysteme für den Katastrophenfall derart auszubauen und zu erweitern, dass eine rechtzeitige und effektive Warnung auch bei Ausfall der digitalen Technik und Infrastruktur gewährleistet ist. Dafür sind das vorhandene Sirenenwarnsystem auszubauen und die entsprechende Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund umgehend zu unterzeichnen;
3. darzulegen, wie die Rettungskräfte aktuell technisch mit geeigneten Fahrzeugen für Katastrophenfälle ausgestattet sind und was aus Sicht der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes an zusätzlichem Gerät erforderlich ist;
4. darzulegen, unter Anwendung welcher Maßnahmen die kritische Infrastruktur zukünftig geschützt und geprüft werden soll;
5. durch ein Entsiegelungsprogramm für Hamburg den Anteil an versiegelten Flächen in Hamburg deutlich zu reduzieren und bei Bauvorhaben sicherzustellen, dass möglichst wenig neue Fläche versiegelt wird;
6. der Bürgerschaft bis zum 31. Januar 2022 zu berichten.